Nr. 261 XXVIII. Jahrgang — Sonnabend, 23. Oktober 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.25, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Danzig und Polen

Von unserm Mitarbeiter

Paris, 22. Oktober

Ueber die Danzig-polnischen Verhandlungen schreibt heute der „Temps“:

Die Danziger Frage, wie sie sich in bezug auf die Verfassung der Stadt und die Verwaltung des Hafens darstellt, hat eine Lösung erhalten. Am Sonnabend soll die Konvention, die der Artikel 104 des Friedensvertrages vorsieht, unterzeichnet werden. In Anbetracht der Wichtigkeit Danzigs für die Zukunftsmöglichkeiten Polens versteht man es, daß das Aktenstück, das gegenwärtig verfaßt wird, eine besondere Wichtigkeit hat. Die polnische Republik hat keinen andern Ausweg zum Meere als Danzig. Wenn also Polen sich nicht des Hafens von Danzig bedienen kann, wenn es dort nicht alle unumgänglichen Garantien für seinen Handel und seine wirtschaftliche Unabhängigkeit findet, dann wird es notwendig in die ökonomische Abhängigkeit von Deutschland zurückfallen. Ferner haben die letzten Tage erwiesen, daß das zwischen dem feindlichen Deutschland und dem bolschewistischen Rußland liegende Polen seine Unabhängigkeit nur dann wirksam verteidigen kann, wenn es über diesen Hafen verfügt, um seine Verpflegung sicherzustellen.

Die Warschauer Regierung wie die Stadt Danzig haben der Botschafterkonferenz Projekte vorgelegt, in denen zwei Thesen grundsätzlich verschieden sind. Polen möchte jede Obstruktion der Danziger wegen seines Exports und Imports verhindern.

Polen verlangt, daß Danzig nach dem Friedensvertrag ein polnischer und nicht ein Freihafen wird, wie es England gewünscht hat

Polen verlangt weiter die Zuteilung eines Teiles der Docks. Es widersetzt sich dem Verlangen, daß die Stadt Danzig eine eigene, von der polnischen Handelsmarine verschiedene Flagge führt. Es besteht auf der Notwendigkeit einer wirklichen Zolleinheit, über die Polen praktisch die Kontrolle ausübe.

Der Entwurf der Danziger dagegen baut sich auf dem Grundsatz der Souveränität der freien Stadt auf

ein Grundsatz, fügt der „Temps“ hinzu, der nirgends im Versailler Vertrag steht, der Danzig in die polnische Zollgrenze einbezieht. Weiter verlangt der Danziger Entwurf eine Danziger Zollbehörde, die von der polnischen unabhängig ist, die Kontrolle der Eisenbahn- und Wasserwege durch eine gemischte Kommission, eine besondere Flagge für die Handelsmarine der freien Stadt und schließlich das Vorkaufsrecht für Polen, sich der polnischen Bevölkerung Danzigs anzunehmen. Das sind die Hauptpunkte des Entwurfs, die die Danziger dem polnischen entgegenstellen.

Der „Temps“ führt fort: Nach Artikel 104 des Friedensvertrages ist es klar, daß die Ansprüche Danzigs nicht aufrechterhalten sind. Man verkenne daher, daß es sehr schwer, wenn nicht unmöglich war, diese beiden Projekte in Uebereinstimmung zu bringen. Die jetzt gefundene Lösung läuft Gefahr, wie übrigens alle vorüberhaschenden Lösungen, keine der Parteien zu befriedigen und außerdem die Lage Polens in Danzig zu schwächen. Es ist nur allzu sicher, daß Deutschland sich nicht an Danzig desinteressieren wird und daß die Leiter der Stadt Danzig nur allzu geneigt sein werden, solche Einflüsse zu begünstigen, das heißt sich mit allen Mitteln dem legitimen Anspruch auf den Hafen zu widersetzen. Man darf sich über die Gefühle und Absichten der Deutschen in Danzig keine Illusionen machen.

Für die Deutschen bleibt die freie Stadt Danzig immer ein vorgeschobener Posten des Deutschtums,

dessen ganze Politik sich dahin konzentrierte, sich der polnischen Vormundschaft zu entziehen. Dies alles darf die Freunde Polens nicht gleichgültig lassen. Die Tatsache, daß die Danziger sich selbst auf England stützen wollen, dessen Interessen an der Errichtung eines Freihafens augenscheinlich sind, darf dies nicht ändern. Es ist daher möglich, daß die Warschauer Regierung vor Unterzeichnung der Konvention, die sie zu folgenschweren Opfern zwingt, versuchen wird, eine andre Lösung zu finden, die dem Geiste und den Buchstaben des Friedensvertrages gerechter wird, der auf keinen Fall will, daß das deutsche Element aus dem Hafen von Danzig eine Basis macht, von der aus fortwährend Polen und sein Wohlstand und seine Sicherheit bedroht werden.

•

Die Proklamierung der freien Stadt Danzig

✕ Danzig, 22. Oktober. Nach einer Pariser Blättermeldung soll die Unterzeichnung der Konvention zwischen Polen und Danzig am Sonnabend nachmittag erfolgen. Im Anschluß daran soll die freie Stadt Danzig proklamiert werden. Durch eine Erklärung würden mit dem Augenblick der Unterzeichnung Danzig seine Rechte gegeben und diese in Kraft gesetzt. Die Proklamation soll durch Jules Cambon vollzogen werden.

•

Die Franzosen im Abstimmungsgebiet

• Kattowitz, 22. Oktober. In Oberglogau rückten vorgestern früh französische Alpenjäger ein. Bei dem Einrücken der Truppen kam es zu verschiedenen Zwischenfällen. Einige der Soldaten überfielen in der Stadt einen Lehrling und fragten ihn, wie er bei der Volksabstimmung stimmen würde. Auf die Antwort, daß er deutsch sei und deutsch stimmen würde, mißhandelten sie den jungen Mann schwer. Ferner wurden drei junge Mädchen, die zur Tanzstunde gehen wollten, von mehreren Franzosen überfallen. Sie versuchten, die Mädchen zu vergewaltigen. Nur durch das Dazwischentreten eines Sicherheitsbeamten wurde das Vorhaben der Franzosen vereitelt.

Die Autonomiefrage

zg. Berlin, 22. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die Reichsregierung hofft, in den nächsten Wochen die Verhandlungen mit Preußen über die Autonomie Oberschlesiens zum Abschluß zu bringen. Nach Mitteilung des Außenministers Dr. Simons in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten hat die Botschafterkonferenz auf die deutsche Anfrage nach dem Termin der Volksabstimmung für Oberschlesien noch keine Antwort gegeben, obwohl die Anfrage nur drei Wochen ergangen ist. Ferner ist aus den Auslassungen über Oberschlesien wiederzugeben, daß im preußischen Landtag einige Minister die Entscheidung über die oberschlesische Autonomie dem kommenden Landtag und seiner neuen Staatsregierung überlassen wollen. Vorläufig liegt die Zustimmung Preußens zur Autonomie Oberschlesiens als Bundesstaat nur bedingt vor.

Ein neuer Krieg gegen Moskau?

Wir erhalten aus Reval folgende Drahtnachricht, die ein bezeichnendes Licht auf die Ungeklärtheit der Verhältnisse im Osten auch nach dem polnisch-russischen Friedenspakt wirft:

O. L. Reval, 22. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die Vertreter der Randstaaten, die zur Baltischen Konferenz nach Riga gekommen waren, sind aufgefordert worden, ihre Abreise zu verschieben, um mit Vertretern der Entente zu verhandeln. Wie aus guter Quelle bekannt wird, handelt es sich bei diesen Besprechungen um neue Offensivpläne, die von gewisser Ententeseite angesponnen werden. Die nächste Veranlassung dazu liegt in der kritischen Erklärung, die Wrangel der französischen Regierung gegeben hat; danach gestattet ihm seine Lage nicht, nach Abschluß des russisch-polnischen Friedens allein der freigewordenen und gegen ihn geführten Roten Armee standzuhalten. Ferner wird die Ueberzeugung vertreten, daß die Rote Armee gegenwärtig nicht fähig sei, einer gutausgerüsteten Randstaaten-Armee von etwa nur 100 000 Mann ernsten Widerstand zu leisten, wenn gleichzeitig ein Vorstoß auf Petersburg und Moskau in Verbindung mit Operationen der Wrangelarmee unternommen würde. Den Randstaaten werden angeblich große Vergünstigungen in Aussicht gestellt. Einstweilen verhalten sich die Vertreter Lettlands und Estlands jedoch ablehnend. Stimmung für eine solche gemeinschaftliche Offensive, an der sich auch aufs neue Polen beteiligen sollte, ist nur bei den Rechtsparteien Finnlands vorhanden, die auf den beträchtlichen Teil ihrer Truppen, die zuverlässig „weiß“ sind, bauen zu können meinen, gegen den Friedensschluß mit Sowjetrußland unausgesetzte Stellung genommen haben und nicht abgeneigt wären, den Vorstoß auf Petersburg zu unterstützen.

Wir geben diese Meldung unsres Revaler Korrespondenten mit Vorbehalt wieder. Sicht der abenteuerliche Gedanke einer neuen Offensive gegen Sowjetrußland im gegenwärtigen Augenblick, nach den Friedensschlüssen Sowjetrußlands mit Polen und Finnland, liegt indessen bei der gewohnheitsmäßigen Schaukelpolitik der Entente gegenüber Rußland nicht außer dem Bereich der Möglichkeit.

Wie sehr Sowjetrußland mit einer Niederwerfung Wrangels rechnet und auf sie hofft, zeigt auch folgendes ergänzende Telegramm:

OE. Reval, 22. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) In einer Unterredung mit dem Chef der in Reval weilenden Sowjet-Handelsdelegation, Gukowski, äußerte sich dieser folgendermaßen: „Im vorigen Jahre war unsre Lage eine viel kritischere. Denikin stand vor Tula, Judenitsch vor den Toren Petersburgs, und doch sind wir aus diesen Schwierigkeiten glänzend hervorgegangen. Jetzt haben wir mit Polen und Finnland Frieden geschlossen. Unsre Armee wird frei und die Wrangel-Front dürfte dann bald erledigt sein.“

Es ist durchaus verständlich, daß bei dieser Sachlage die Entente, vor allem Frankreich, versuchen muß, Wrangel durch irgendeine neue Aktion zu retten.

•

Der Frieden von Riga

□ Warschau, 22. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der amtliche polnische Heeresbericht besagt: Am 19. Oktober um 20 Uhr (8 Uhr abends europäische Zeit) ist die Einstellung der Feindseligkeiten erfolgt. Auf dem südlichen Abschnitt verhielt sich der Feind bis zum letzten Augenblick aktiv, indem er andauernd versuchte, uns aus dem besetzten Gebiet zu verdrängen. Damit hat nun der Krieg zwischen Rußland und Polen gemäß dem Abkommen von Riga tatsächlich sein Ende erreicht.

•

Polen und Wilna

• Genf, 22. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Havas meldet aus Warschau, daß die polnische Regierung erklärt, sie besitze keine Zwangsmaßnahmen zur Räumung Wilnas. Sie schlägt offiziell dem alliierten Rat eine Volksabstimmung in Wilna und Kowno vor.

•

Vorläufig keine Lieferungen an Rußland

+ Essen, 22. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Zu der Meldung, wonach der deutschen Lokomotiv-Industrie große russische Aufträge in Aussicht stehen sollen, kann auf Grund zuverlässiger Informationen mitgeteilt werden, daß tatsächlich Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland stattgefunden haben. Es handelt sich um einen Abschluß von rund 150 Millionen Goldmark. Leider sind die Verhandlungen, nachdem sie schon ziemlich weit gediehen waren, auf einem toten Punkt angelangt. Es haben sich Schwierigkeiten ergeben, die mit dem Versailler Friedensvertrag zusammenhängen und deren Beseitigung nicht im Machtbereiche Deutschlands liegt. Es ist also auf absehbare Zeit nicht damit zu rechnen, daß der Vertrag perfekt wird.

Frankreichs Wiederaufbau

In seiner Straßburger Rede zugunsten der neuen französischen Anleihe wies der französische Finanzminister Marsal auf die Fortschritte des Wiederaufbaues in den zerstörten Gebieten hin, wo 77 Prozent der industriellen Werke ganz oder teilweise wieder betrieben würden mit 42 Prozent ihrer früheren Belegschaft. Von 1 757 000 Hektar wiederherzustellenden Ackerlandes seien bereits 1 521 000 Hektar wieder nivelliert, 66 Prozent seien in Bearbeitung genommen, 50 besät worden. Die befreiten Gebiete hätten 10 Millionen Zentner Getreide erzeugt, ein Sechstel der Gesamterzeugung Frankreichs. An Hafer hätten die zerstört gewesenen Gebiete ein Viertel der französischen Gesamterzeugung hervorgebracht. Von 3000 Kilometern zerstörter Eisenbahnlinien der Ost- und Nordbahn seien nur noch 9 Kilometer wiederherzustellen. Die Gesamtförderung an mineralischen Brennstoffen werde in diesem Jahre 24 Millionen Tonnen betragen. Die Bergwerke in den befreiten Gebieten, die vor dem Kriege die Hälfte der Gesamtförderung Frankreichs geliefert hätten, und von denen man keine Förderung vor Ablauf mehrerer Jahre erwartete, hätten bereits über 2 Millionen Tonnen Kohle geliefert. Das Schatzamt nehme keine Vorschüsse mehr bei der Bank von Frankreich und beginne die Rückzahlung der Kriegsschulden.

Deutschland werde zahlen, weil es zahlen könne, wie immer auch seine inneren Budgetverhältnisse stünden und der Stand der Mark sei. Durch eine Finanzkrise, so groß sie auch sei, könne die produktive Kraft eines Landes nicht vernichtet werden. Deutschland werde immer über beträchtliche Bodenschätze und über Reichtümer, die der Krieg nicht zerstört habe, verfügen. Es habe besonders seine Kohlen, Holz und Kali. Seine Arbeitskräfte seien weniger mitgenommen als die französischen.

•

Nachprüfung des Abkommens von Spa

• Genf, 22. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps“ meldet aus Berlin, daß Mitglieder der Ueberwachungskommission nach dem Ruhrgebiet abgereist seien zur Prüfung der Frage einer Steigerung der Förderung im Ruhrrevier. Die Maßnahme bezwecke lediglich eine Nachprüfung des Kohlenabkommens von Spa.

•

Die Dieselmotoren

• Genf, 22. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der „Matin“ meldet, daß in der Frage der Beschlagnahme der deutschen Dieselmotoren noch keine ablehnende Entschließung der Botschafterkonferenz auf die deutschen Vorstellungen vorliegt, vielmehr seien ausführliche Sachverständigengutachten eingefordert worden, die aber noch nicht eingegangen seien.

•

Ein neuer Entente-Einspruch

Wie aus Wien gemeldet wird, sind die drei Rumpler-Flugzeuge, mit denen die erste Luftverbindung München—Wien aufgenommen werden sollte, nach ihrer Landung von der Ententekommission in Wien beschlagnahmt worden mit der Begründung, daß laut Friedensvertrag Flüge in Oesterreich von der Genehmigung der Ententeaufsichtsbehörde abhängig seien und daß von der Ententekommission in Deutschland keine Mitteilung des Fluges in Wien eingetroffen sei. Es wird versucht, durch das Wiener Staatsamt für Verkehrswesen den Zwischenfall beizulegen.

•

Die Deutschen in Dänemark

Kopenhagen, 22. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der einzige deutsche Abgeordnete im dänischen Reichstag, Pastor Schmidt aus Tondern, wies in einer Rede darauf hin, daß die deutsche Bevölkerung Nord-Schleswigs, die gegen ihren Willen zu Dänemark gekommen sei, volle Kulturfreiheit fordere. Man wolle nicht in Reibungen mit den neuen Landsleuten kommen, aber verlange, daß man als Gleichberechtigte angesehen und behandelt würde. Bis jetzt sei das auf dem Gebiete von Kirche und Schule noch nicht erfolgt. Selbst in der Kunst mache man Unterschiede. Die Deutschen würden ihre Hoffnung auf eine Grenzberichtigung zwischen Deutschland und Dänemark nicht aufgeben.

Die Zwischenfälle in Kärnten

Paris, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Botschafterkonferenz hat in ihrer gestrigen Sitzung die Antwort der südslawischen Regierung auf die letzte Note der Alliierten über die Zwischenfälle in Kärnten geprüft. Sie hat neue Schritte in Aussicht genommen, die in Belgrad vorgenommen werden sollen. Die Konferenz ist ernstlich entschlossen, die Räumung der durch südslawische Truppen besetzten Zone durchzusetzen.

Die Krise in Oesterreich

• Wien, 22. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Dem am 5. November nach Wien einberufenen sozialdemokratischen Parteitag Oesterreichs ist, der „Arbeiterzeitung“ zufolge, der Antrag zugegangen, in keine Regierungskoalition mit den Christlich-Sozialen einzutreten, sondern die Gesamtverantwortung für die politische Leitung des Landes der stärksten Partei des neuen Parlaments zu überlassen.

•

Das österreichische Budget

⊡ Wien, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Staatssekretär Dr. Reich hat gestern dem Kabinettsrat das Budget für 1920/21 vorgelegt. Es weist ein Defizit von 12 Millionen Kronen auf, das auf dem Wege von Krediten gedeckt werden soll.

Zusammenbruch oder Aufstieg?

Von Friedrich Edler v. Braun,

Vorsitzender des Reichswirtschaftsrats, M. d. R.

In Brüssel hielten die Finanzsachverständigen Europas weise theoretische Reden, die schlagend bewiesen, daß man unvermeidlich ins Minus kommt, wenn die Ausgaben die Einnahmen überschreiten, und im Reichskabinett in Berlin hat man einen der guten Vorsätze gefaßt, mit denen der Weg zur Hölle gepflastert ist, nachdem der Finanzminister die Flucht in die Oeffentlichkeit ergriffen hatte.

Aber weder die Theorien von Brüssel noch die Beteuerungen der Einkehr zu sparsamer Wirtschaft in Berlin helfen uns über die Tatsache weg, daß die Fahrt in ungeminderter Schnelligkeit bergabwärts geht.

In der für die Verhandlungen in Spa ausgearbeiteten Denkschrift über „Deutschlands wirtschaftliche Leistungsfähigkeit“ wird der Schuldenstand des Reiches für den Stichtag 31. März 1920 mit 91 Milliarden fundierter und 105 Milliarden schwebender Schulden, darunter 18,5 Milliarden Verpflichtungen und Zahlungsversprechen, zusammen also mit 196 Milliarden Mark angegeben. In einer vor etwa zwei Monaten vom Reichsfinanzminister gegebenen Darstellung wurde die Höhe der schwebenden Schulden auf 124 Milliarden angegeben und am 20. September erfuhren wir, daß die schwebende Schuld 151,7 Milliarden beträgt, daß dazu aber an Verpflichtungen und Zahlungsversprechen, nämlich Eisenbahnschulden an Länder und Kriegswohlfahrtsverpflichtungen an Länder und Gemeinden, weitere 43 Milliarden kommen, so daß die schwebende Schuld 194,7 Milliarden beträgt, also um 70 Milliarden mehr, als vor zwei Monaten angegeben wurde, und um rund 90 Milliarden mehr als am 31. März 1920, wo man doch annehmen konnte, daß eine genaue Inventarisierung vorgenommen worden ist. Dabei sind noch nicht berücksichtigt die Entschädigungen an Reichsangehörige aus Anlaß des Friedensvertrages (Handelsflotte, Entschädigungen, Kriegsgerät und Kriegsschäden), die, mit 131 Milliarden veranschlagt, gleichfalls als schwebende Schuld angesprochen werden müssen, so daß fundierte und schwebende Schulden des Reiches nach den jetzigen Mitteilungen tatsächlich die Summe von 416,7 Milliarden ausmachen. Aber man muß sich nach den wechselnden Angaben des Finanzministers besorgt fragen: Ist das nun auch wirklich alles, oder werden wir nach zwei Monaten wieder andre um viele Milliarden gesteigerte Summen erfahren? Beruht das ganze Verfahren auf Mangel an Uebersicht oder auf der Neigung, dem Hunde den Schwanz stückweise abzuhauen?

Die Mehrzahl unsrer Mitbürger [illegible] dieses für solche Zahlen vollkommen abgestumpft. Man schüttelt wohl den Kopf, aber eine rechte Vorstellung davon, was die Zahlen bedeuten, machen sich die wenigsten. Einen Begriff bekommt man, wenn man ausrechnet, daß zur Tilgung dieser Schulden jeder Deutsche bis zum Säugling herunter rund 7000 M. zahlen müßte, und daß unser ganzes Volksvermögen vor dem Krieg auf 250 Milliarden Mark — allerdings Goldwert — geschätzt worden ist.

Was bedeutet demgegenüber der Entschluß des Reichskabinetts, keine neuen Ausgaben ohne Zustimmung des Finanzministers in den Haushaltplan aufzunehmen und die Verhältnisse der verschiedenen Reichsministerien durch einen Kommissar des Finanzministers auf Ersparungsmöglichkeiten untersuchen zu lassen? Ich fürchte, bis diese Untersuchung abgeschlossen ist, gibt es nichts mehr zu retten. Mit solchen kleinen Mittelchen alten Stils ist in der jetzigen Weltkrise nichts auszurichten. Sie könnten nichts weiter bewirken, als die Oeffentlichkeit wieder auf einige Zeit zu beruhigen und die Lebensdauer des jetzigen Kabinetts auf kurze Frist zu verlängern. Das Verhängnis aber nimmt weiter seinen Lauf und die Verantwortung des Kabinetts wird mit jedem Monat versäumter Entschlüsse um so größer sein.

Der Zusammenbruch steht also vor der Tür, wenn man sich nicht zu entscheidenden und rücksichtslosen Entschlüssen aufrafft. Daß auf eine Hilfe vom Ausland zu rechnen ist, glaubt jetzt wohl auch der größte Optimist nicht mehr. Wer die Darlegungen auf der Finanzkonferenz in Brüssel verfolgt hat, weiß, daß die übrigen europäischen Staaten selbst so in finanziellen Schwierigkeiten stecken, daß sie auch bei gutem Willen nicht helfen können, und die Offenherzigkeit des amerikanischen Vertreters hat uns keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Vereinigten Staaten, deren Volk von der schmählichen Rolle, die es durch die Schuld Wilsons im Weltkriege spielte, aufs tiefste enttäuscht ist, von europäischen Sorgen nichts mehr wissen wollen. Es gibt also nur noch eine Rettung aus eigener Kraft. Der Winter steht vor der Tür, und es wird ein Winter von grausamer Härte sein, der kein Erbarmen für die Besiegten kennt. Die Lage des Arbeitsmarktes wird immer gefahrdrohender. Nach der Denkschrift des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung betrug die Zahl der Arbeitsuchenden im Juli 1920 1 118 912, darunter 834 731 Männer. Seitdem ist sie durch das unselige Kohlenabkommen von Spa unaufhaltsam weiter gewachsen.

In dieser entsetzlichen Lage Deutschlands müßte jede Parteipolitik ausgeschaltet sein. Wir können unser Land und unser Volk nur retten, wenn wir all die inneren Streitigkeiten begraben, oder, soweit es sich um böswillige handelt, mit harter Hand niederdrücken, und vor allem den Ansturm der sich entgegenstehenden Weltanschauungen des Sozialismus und des Kapitalismus auf die Zeit verschieben, in der die unmittelbar drohende Gefahr überwunden ist.

Und das halte ich, so schwarz auch der Himmel bewölkt, nicht für unmöglich. Wenn es gelingt, in den verhetzten Arbeitermassen und ebenso in den nur auf die Rettung ihres Besitzstandes bedachten Unternehmerkreisen die Ueberzeugung zum Durchbruch zu verhelfen, daß wir die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nur überwinden können, wenn wir sie rein wirtschaftlich und nicht parteipolitisch zu meistern suchen, dann ist noch nichts verloren. Ueber alle Kreise des deutschen Volkes, und zwar zuerst über die Arbeiter, muß das tiefste Elend hereinbrechen, wenn uns das nicht gelingt. Es ist aber

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201023/1